



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD

Drs. 18/223, 18/932

Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg

Nachdem die Erweiterung des Würzburger Universitätsklinikums mit dem Neubau der sogenannten Kopfklinik aufgrund der ungeklärten Grundstücksfrage noch immer blockiert ist, wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einen mündlichen Bericht über den aktuellen Stand der Erweiterung der Universitätsklinik Würzburg abzugeben, sofern erforderlich, insbesondere zu den Punkten 2., 3. und 6., auch in einer nicht öffentlichen Sitzung.

Darin ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

1. Steht die Staatsregierung weiterhin zu dem in der vergangenen Legislaturperiode formulierten Ziel der Errichtung der neuen Kopfklinik oberhalb der Zentren für Operative und Innere Medizin und dem dafür erforderlichen Grundstückskauf für die Universitätsklinik Würzburg?
2. Was hat die Staatsregierung bisher unternommen, um das Grundstück vom Julius-Spital zu erwerben?
3. Welchen Sachstand haben die derzeitigen Verhandlungen über den Grundstückskauf und welche unterschiedlichen Fragen und Wertvorstellungen stehen einem erfolgreichen Abschluss entgegen?
4. Wie ist der Zeit- und Maßnahmenplan für die Umsetzung des Neubaus der Kopfklinik ab dem Zeitpunkt des Erwerbs des Grundstücks?
5. Wann kann mit einer Vorlage der Haushaltsunterlage Bau gerechnet werden?
6. Welche Überlegungen hat die Staatsregierung zur Finanzierung von Grundstückserwerb, Planung und Bau der Erweiterung der neuen Kopfklinik und wie soll die Finanzierung aus Sicht der Staatsregierung im kommenden Doppelhaushalt 2019/2020 abgesichert werden bzw. welche Überlegungen zur haushalterischen Absicherung des Baus bestehen bei der Staatsregierung?

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident